

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 6. bis 8. Januar 2016

## INTEGRATION – MITEINANDER UND NICHT NEBENEINANDER

08.01.2016

Jeden Tag kommen tausende Menschen nach Deutschland; viele von ihnen, um auf Dauer in Deutschland zu bleiben. Sie kommen als Fachkräfte, Studenten, Flüchtlinge, Asylbewerber oder im Wege des Familiennachzugs. Sie lernen unsere Hilfs- und Aufnahmebereitschaft sowie unsere Leitkultur kennen.

Viele der Migranten finden sich aufgrund ihres Umfelds, ihrer Vorkenntnisse und ihrer Einstellung ohne größere Probleme zurecht. Integration fällt ihnen leicht. Sie lernen Deutschlands Werte, Institutionen, Kultur und Sprache kennen und lieben. Sie werden schnell Teil unserer Gesellschaft.

Andere hingegen müssen die deutsche Sprache erst lernen, kommen aus anderen Kulturkreisen oder mit anderen Vorstellungen. Ihnen fällt die Integration in unsere Gesellschaft schwerer. Das trifft insbesondere für viele Flüchtlinge und Asylbewerber zu. Wir wollen sie fördern, aber müssen sie auch fordern, denn Integration funktioniert nicht ohne Mitwirkung.

### Wille zur Integration entscheidet

Ein gesellschaftliches Zusammenleben funktioniert nicht ohne Integration. Wir bieten Menschen, die zu uns kommen, eine neue Heimat. Als Gegenleistung erwarten wir einen starken Willen zur Integration. Integration lebt immer von der Begegnung und dem wechselseitigen Austausch. Dieser ist aber nur möglich, wenn alle Seiten bereit sind, von Angesicht zu Angesicht miteinander zu kommunizieren. Eine Burka oder Ganzkörperverschleierung und das damit zum Ausdruck gebrachte Welt- und Rollenverständnis stehen dem Prinzip der Offenheit genauso wie eine „Scharia-Polizei“ entgegen. Für Parallelgesellschaften, eine Paralleljustiz und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Glauben und Geschlecht ist bei uns kein Platz.

Maßgeblich für eine gelingende Integration ist daher weder ein Überbietungswettbewerb mit milliardenschweren Förderprogrammen noch eine Änderung des Grundgesetzes. Integration benötigt vielmehr die Bereitschaft aller Beteiligten, sich darauf einzulassen. Wir geben den gesetzlichen Rahmen hierfür vor.

### Integrationsvereinbarungen verbindlich einführen

Wir müssen Integrationsbereitschaft einfordern. Voraussetzung für unser Angebot ist, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkannt und beachtet wird. Unsere Grundrechte und das staatliche Gewalt- und Justizmonopol sind nicht verhandelbar. Religiöser Fundamentalismus oder Fanatismus haben ebenso wenig Platz in Deutschland wie Fremdenfeindlichkeit oder die Missachtung von Andersgläubigen. Wir sind zu Recht stolz auf unsere christlich-abendländische Prägung.

Jeder muss sich daher individuell im Rahmen einer Integrationsvereinbarung zu unseren Werten, unserer Rechtsordnung und den Regeln eines friedlichen Zusammenlebens bekennen. Dies betont nochmals deren Bedeutung und gibt darüber hinaus Orientierung und Klarheit über Ziele und bevorstehende Aufgaben. Gleichzeitig liefert die Integrationsvereinbarung auch die Grundlage für mögliche Leistungskürzungen im Falle des Nichtbefolgens.

### Das Erlernen der deutschen Sprache ist unerlässlich

Nur wenn wir die gleiche Sprache sprechen, kann Integration gelingen. Wir gehen dabei in Vorleistung. Mit einem umfassenden Angebot an Sprachkursen durch die Goethe-Institute bieten wir bereits vom Ausland aus die Möglichkeit, die deutsche Sprache, die Geschichte und unsere Leitkultur kennen zu lernen.

Auch in Deutschland haben wir das Angebot an Sprach- und Integrationskursen auf der Ebene des Bundes nochmals deutlich ausgebaut. Für das laufende Jahr stellt allein der Bund Mittel für Sprach- und Integrationskurse in Höhe von fast 300 Millionen Euro zur Verfügung. Durch ein umfangreiches Angebot von Bund und Ländern stellen wir damit sicher, dass vom ersten Tag an die Möglichkeit besteht, Deutsch zu lernen. Es ist die Pflicht aller Kinder, Frauen und Männer, dieses Angebot anzunehmen. Diese muss in der Integrationsvereinbarung festgeschrieben sein.

### Berufliche Qualifikationen frühzeitig feststellen

Parallel zum Erlernen der deutschen Sprache sollten schulische und berufliche Erfahrungen frühzeitig abgefragt werden. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag begrüßt ausdrücklich entsprechende Kooperationen zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundesagentur für Arbeit. Sie sollten flächendeckend zur Anwendung kommen. Dies vermittelt den Kursteilnehmern nicht nur frühzeitig Anerkennung, sondern erleichtert auch eine gezielte Förderung und Vermittlung in den späteren Berufseinstieg. Unser Wertesystem der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist durch spezielle Angebote für Frauen zu vermitteln.

### Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern

Wer sich seinen Lebensunterhalt in Deutschland selbst verdienen kann, wird schneller Teil der Gesellschaft. Arbeit und Beschäftigung ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben und soziale Anerkennung. Die Betroffenen müssen schnell auf eigenen Beinen stehen können. Bildung und Qualifikation für Flüchtlinge zahlen sich daher in jedem Fall aus.

Sei es, um die Flüchtlinge bei der Rückkehr zum Wiederaufbau ihres Herkunftslandes zu befähigen oder als Maßnahme für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt.

Bildung und Qualifikation und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sind eine gemeinsame Aufgabe der Wirtschaft und der staatlichen Stellen. Wir setzen hierbei auf Kooperation und nicht auf übertriebenen Aktionismus. Wir halten es daher für zwingend, dass auch andere Länder dem Beispiel Bayerns mit der Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ folgen und Bündnisse mit Wirtschaft, Handel und Handwerk eingehen, um so den Berufseinstieg für Menschen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive zu erleichtern.

### Ausreichenden Wohnraum schaffen

Integration darf nicht bei der Wohnungssuche scheitern. Schon heute ist bezahlbarer Wohnraum in manchen Regionen knapp. Zuletzt wurden in Deutschland 250.000 Wohnungen im Jahr gebaut, in Zukunft müssen es mindestens 400.000 sein. Weitere gesetzliche Änderungen im Mietrecht, die Investitionen in den Wohnungsmarkt behindern, sind daher unbedingt zu vermeiden. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag setzt sich stattdessen für eine Investitionsoffensive im Wohnungsbau ein. Diese wird allen gleichermaßen zugutekommen:

- ◆ Wir begrüßen die jährliche Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau um 500 Millionen Euro. Die Erhöhung ist aber auch zugleich Verpflichtung für die Länder, alle zur Verfügung gestellten Bundesmittel zweckentsprechend für den Neubau von sozialem Wohnraum einzusetzen. Bayern geht hier bereits vorbildlich voran.
- ◆ Die CSU-Landesgruppe setzt sich für einen Wohnungsbau ohne baulichen Wildwuchs ein. Deshalb müssen zunächst die Potenziale in den Innenräumen unserer Städte und Gemeinden erschlossen werden. Nachverdichtungen müssen durch flexiblere Nutzungsbereiche und -kriterien in der Baunutzungsverordnung erleichtert werden.
- ◆ Für ausreichenden Wohnraum muss auch dringend der private Wohnungsbau stärker gefördert werden. Die CSU-Landesgruppe setzt sich deshalb für die Einführung einer wirkungsvollen steuerlichen Förderung durch bessere Abschreibungsbedingungen von Neubauten ein.

#### Konflikten frühzeitig vorbeugen

Das Programm „Soziale Stadt“ soll einen Beitrag leisten, strukturelle soziale Herausforderungen in unseren Städten zu bewältigen. Die CSU-Landesgruppe erwartet, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel des Programms in Höhe von 150 Millionen Euro mehr noch als bisher dafür eingesetzt werden, das Miteinander von Deutschen und Zuwanderern in den Städten und Gemeinden zu stärken und nicht für örtliche Verkehrsprojekte zweckentfremdet werden. Nur durch eine gezielte Förderung können Parallelgesellschaften und eine Ghettoisierung verhindert werden.

#### Raum für Vorbilder schaffen

Zur Bewältigung des Alltags bedarf es Vorbildern, die den Weg einer gelingenden Integration vorleben. Der Sport spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die CSU-Landesgruppe unterstützt daher die Fortführung des Programms „Integration durch Sport“ durch den Deutschen Olympischen Sportbund.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass die bürokratischen Hürden für Ehrenamtliche, um als Trainer oder Übungsleiter tätig zu werden, deutlich reduziert werden. Dies betrifft insbesondere die Pflicht zur Einreichung eines erweiterten Führungszeugnisses. Die Vorlage einer sog. Negativbescheinigung, dass keine einschlägigen Straftaten begangen wurden, halten wir anstelle der Übergabe eines erweiterten Führungszeugnisses für ausreichend. Eine Negativbescheinigung erfüllt ebenso den wichtigen Zweck des Kinder- und Jugendschutzes.

#### Ehrenamt weiter fördern.

Für eine gelingende Integration werden alle gebraucht – egal ob im Großen organisiert oder im Kleinen kreativ. Alle, die sich haupt- oder ehrenamtlich bei der Integration von Zugewanderten engagieren, verdienen unsere Unterstützung. Das vergangene Jahr hat gezeigt, was Deutschland durch unermüdliche Hilfsbereitschaft und ein Ineinandergreifen von Haupt- und Ehrenamtlichen zu leisten im Stande ist. Wir unterstützen zum Beispiel das Angebot des Technischen Hilfswerks zur Mitarbeit für Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive. Die CSU-Landesgruppe wird sich auch weiterhin für die Förderung von Integrations- und Migrationsberatungsprojekten durch den Bund einsetzen.